

der politischen Macht, ihres Klassencharakters berührt noch die Berechtigung der monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Zweifel gezogen.

Die krisenhaften Prozesse in den entwickelten kapitalistischen Ländern erfordern eine halbwegs plausible Erläuterung gewisser Gebrechen dieser Gesellschaft, die für die breiten Massen, die unter ihnen leiden, kein Geheimnis sind. Deshalb darf man sich nicht wundern, von Wissenschaftlern heutzutage öfter kritische und warnende Töne zu hören.

Das allein ist aber noch kein Ausdruck durchgängiger Fortschrittlichkeit, sondern vorwiegend Anpassungsreaktion, geboren aus der Erfahrung des Klassenkampfes, daß mit herkömmlichen konservativen Anschauungen immer weniger der Schrumpfung der sozialen Basis des Großkapitals entgegengewirkt werden kann. „Wissenschaftler liberaler Richtung kritisieren oftmals außerordentlich scharf (wenngleich in der Regel einseitig) das politische System des gegenwärtigen Kapitalismus, worin sich die tiefe Krise der Theorien der bürgerlichen Demokratie widerspiegelt. Sie sind jedoch außerstande, einen realen Ausweg aus der entstandenen Lage zu bestimmen.“/10/

Krauch forscht nicht nach den tiefen Ursachen für die Misere auf dem einen oder anderen Gebiet. Dann müßte er nämlich auf die zugrunde liegenden Eigentumsstrukturen stoßen, auf die Klassenantagonismen, die mit ihnen verbunden sind, auf den Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Macht, auf die Nichtübereinstimmung zwischen dem erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den noch bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Diese Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten ist nur möglich durch den Ausbau der staatsmonopolistischen Herrschaftsformen, durch die enorme Stärkung der bürgerlichen Staatsmaschine, durch ihr Eingreifen in immer mehr Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, durch eine beschleunigte Ausdehnung ihrer Funktionen.

Krauch denkt bei aller Detailkritik nicht daran, an diesen grundlegenden Beziehungen zu rütteln. Er ist gegen revolutionäre Veränderungen. Immer wieder hebt er auf die Belange der „Gesamtgesellschaft“ ab, die bei allen „interpersonellen Konflikten“ — nicht Klassenausinandersetzungen! — als Gradmesser, als unübersteigbare Hürde für alle Änderungsvorschläge aufgerichtet wird. Krauch strebt elastischere Formen und Methoden der Machtausübung an. Er möchte auf evolutionärem Wege die Überlebenschancen des Kapitalismus erhöhen./11/

### „Idealbild“ des imperialistischen Staates

Krauch bemerkt, auf seine Weise die aus den sich vertiefenden Widersprüchen des staatsmonopolistischen Systems herrührenden Schwierigkeiten, zu dauerhaften Lösungen der auftauchenden Probleme zu gelangen: „Die staatlichen Aufgaben sind gewachsen, die Krisen hereingebrochen. Neue stehen vor der Tür. So rasch und durchgreifend wie möglich müssen die Tätigkeiten des einzelnen und der Gruppen und Organisationen strafbarer geregelt oder eingeschränkt werden ... Denn die Krisen zeigen, daß der Staat zur Erhaltung der Stabilität nicht fähig ist“ (S. 22).

Das bürgerliche Bewußtsein reflektiert empirisch Erscheinungsformen der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Es erweist sich als hilflos, sofern man mehr erwarten würde als bloße Symptomkritik. Die Krisen

sind halt „hereingebrochen“ wie ein übermächtiges Schicksal. Krauch muß für den imperialistischen Staat den Bankrott erklären, obwohl dieser „reglementierend, ordnend (!) und planend (!) in fast alle Lebensbereiche ein (greift)“ (S. 21). Sein Rezept: straffere Regelung oder Einschränkung der Tätigkeiten von einzelnen, Gruppen und Organisationen. Und dies unter der Ankündigung einer „Computer-Demokratie“!

Da der (imperialistische) Staat angeblich „die Ziele, Wünsche und Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung wahrnehmen, aufarbeiten und berücksichtigen muß, ist er die Organisation der Gesellschaft geworden ... Er wird eine funktionale Organisation mit kollektiver Selbststeuerung durch die in ihm organisierten Menschen. Dies ist allerdings noch ein Idealbild. Denn bisher fanden die Bürger sich keineswegs wieder in der Organisation des Staates, und die meisten sind auch noch nicht bereit, an dieser kollektiven Selbststeuerung teilzuhaben und sich mit dem Ganzen zu identifizieren“ (S. 21).

In Krauchs Abhandlung werden mannigfaltige Beispiele angeführt, die einen Beleg dafür liefern, daß der imperialistische Staat eben nicht Sachwalter „der gesamten Bevölkerung“ ist, sondern unverändert die politische Macht des Großkapitals verkörpert, so, wenn von der „Unfähigkeit des Parlaments zur Kontrolle“ gegenüber den „Verselbständigungen der Bürokratie“ gesprochen wird (S. 25) oder von den „Interessengruppen, die durch Androhung von Kooperationsentzug politischen Druck ausüben können“ (S. 39) oder wenn es von der Verwaltung heißt: „Nur in seltenen Fällen ist ihr die Möglichkeit gleichmäßiger Interessenbefriedigung gegeben“ (S. 29).

Obwohl nicht näher erläutert wird, was unter der vagen Formel „gleichmäßige Interessenbefriedigung“ verstanden werden soll, liefert Krauch selbst Begründungen dafür, warum „die meisten“ nicht bereit sind, „sich mit dem Ganzen zu identifizieren“. Das „Ganze“, der heutige Staat der BRD, wälzt z. B. die Folgen der fortschreitenden Inflation auf die breite Masse der Werktätigen und ihre Familien ab. „Das Übel besteht darin, daß die große Mehrheit des Volkes zu wenig und die paar Milliarden viel zu viel zu bestimmen haben. Das Übel besteht darin, daß in Bonn seit eh und je, und heute auch unter Kanzler Brandt, eine Regierungspolitik gemacht wird, die sich vornehmlich an den Profitinteressen der in- und ausländischen Konzerne orientiert.“/12/

Das gemalte „Idealbild“ des BRD-Staatswesens als „funktionale Organisation mit kollektiver Selbststeuerung durch die in ihm organisierten Menschen“ widerspricht so sehr der bundesrepublikanischen Wirklichkeit, daß Krauch faktisch im zweiten Satz aufhebt, was er im ersten proklamiert. Was soll also dieser klassenneutrale utopische Vorgriff auf einen Gesellschaftszustand, der erst nach Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Sozialismus erreichbar ist?

Es geht Krauch darum, eine Identifikation der arbeitenden Massen mit dem imperialistischen System zu fördern, ihre „Verantwortung für's Ganze“ zu wecken, Möglichkeiten zu schaffen, um „Dampf abzulassen“. Deshalb gibt es heute keine der sog. staatstragenden Parteien, die nicht auf die eine oder andere Weise für Reformen wäre, die nicht diese oder jene Variante der Mitbestimmung anbieten würde, um damit bestimmten Massenströmungen Rechnung zu tragen./13/ Der Histo-

/10/ Kommunismus und Leitung gesellschaftlicher Prozesse (Hrsg. Belych), Bd. I, Leningrad 1972, S. 269 (russ.).

/11/ Vgl. Futurologie und Zukunftsforschung — untaugliches Mittel einer überlebten Gesellschaft (Hrsg. Klein), Berlin 1972, S. 176.

/12/ Mies, „Das arbeitende Volk muß bestimmen! DKP kontra Großkapital! (Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag der DKP)“, ND vom 3. November 1973, S. 4.

/13/ Vgl. zur Gesamtproblematik: Reformieren, manipulieren, integrieren — Imperialistische Klassenpolitik unter Anpassungszwang, Berlin 1973.